

Resolution der Branche öffentlicher Verkehr 2023

Keine Liberalisierung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (IPV)

Einmal mehr und nicht zufällig macht die Europäische Union aktuell Druck, den IPV so rasch wie möglich für den Wettbewerb zu öffnen. Dabei war dieses Thema in der Schweiz in den Hintergrund gerückt. Der Bundesrat hatte sich nach ernsthaften Erwägungen zu einer Marktöffnung wieder voll zum bewährten Kooperationsmodell zwischen den SBB und den ausländischen Partnerbahnen bekannt. Umso mehr lassen neue Aussagen des Bundesamtes für Verkehr aufhorchen, die Marktöffnung sei rasch voranzutreiben. Warum diese Eile? Wegen den abgebrochenen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen will uns die EU ab 2024 nicht mehr an der Zulassungsstelle der ERA (European Rail Agency) für vereinfachte Mehrländerzulassungen von Loks und Triebzügen sowie für Sicherheitsbescheinigungen teilhaben lassen. Die EU fordert daher die Liberalisierung im internationalen, grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr, offensichtlich auch als Pfand für die weitere Teilhabe der Schweiz an der ERA-Zulassungsstelle.

transfair ist grundsätzlich gegen Wettbewerb im Schienenpersonenverkehr in der Schweiz. Die Liberalisierung des IPV wäre ein erster negativer Schritt, der vor allem zu Gunsten der grossen ausländischen Staats- und Privatbahnen ginge, welche sich nur lohnende Verbindungen herauspicken würden. Die unerwünschten Konsequenzen hätten die Schweizer Bahnen und ihre Mitarbeitenden zu tragen.

transfair fordert von Bundesrat und Parlament, gegenüber der EU das bewährte Kooperationsmodell abzusichern und damit das qualitativ hochstehende öV-System in der Schweiz zu schützen. Die Weiterentwicklung des Verhältnisses der Schweiz zur EU darf nicht auf Kosten des sehr gut funktionierenden Service Public Schweiz erfolgen.